

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 129 Berlin und Bonn

17. Oktober 2024



ISSN 2699-9749



Broemme meint

Gesundheitswesen und Zivilschutz

(BS) Das Gesundheitswesen spielt mit der Krankenhausversorgung, den niedergelassenen Ärzten, den Apotheken und dem Rettungsdienst eine wesentliche Rolle für die Qualität und das Lebensniveau in Deutschland. Der Kostendruck wird größer. Auch große Kliniken sind von der Pleite bedroht. Die Gesundheitsreform wirft ihre Schatten voraus. Welche Auswirkungen hat das auf den Katastrophenschutz? Welche Auswirkungen haben die geplanten Reformen auf den Zivilschutz?

Abgesehen von längeren Anfahrtswegen für spezielle Behandlungen wird der Katastrophenschutz unter der Krankenhausreform vermutlich kaum zu leiden haben - vorausgesetzt die Rettungsmittel werden nicht auch weggekürzt.

Beim Zivilschutz mache ich mir schon mehr Sorgen, denn da wird das Gesundheitswesen mit viel größeren Anforderungen konfrontiert. Allein die Versorgung der Soldaten der NATO muss gut organisiert sein, wenn die alltägliche Patientenversorgung der Zivilisten nicht mehr als erforderlich darunter leiden soll. Ich befürchte, dass bei der Planung und der Gesetzgebung diese Zusammenhänge häufig nicht beachtet werden. Und dies wird uns „auf die Füße fallen“.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Booster für das Gesundheitswesen nötig

(BS) Den Alltag und die mehr oder minder alltäglichen Verletzungen kann das deutsche Gesundheitswesen trotz aller Unkenrufe recht gut bewältigen. Doch angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine und vermehrter hybrider Attacken auf die Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) in Deutschland stellt sich die Frage, wie abwehrbereit das Gesundheitswesen im Bündnisfall wäre.

Seit der Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Jahr 2022 hat sich der Begriff „Zeitenwende“ zu einem geflügelten Wort entwickelt, das in den unterschiedlichsten Bereichen und Kontexten verwendet wird. „Gilt die Zeitenwende auch für das Gesundheitswesen?“, fragt Prof. Dr. Heyo Kroemer, Vorsitzender des Expertenrats „Gesundheit und Resilienz“, bei der Veranstaltung „BÄK im Dialog“ und gibt gleich selbst die Antwort: „Ja, die Frage ist, wie wir uns dem Thema nähern.“

Die Themen Gesundheitssicherheit und Resilienz im Gesundheitswesen wurden in Deutschland eher stiefmütterlich behandelt. Der Expertenrat der Bundesregierung „Gesundheit und Resilienz“ definiert Gesundheitssicherheit als „Fähigkeiten, Ressourcen und Strukturen, welche Gesellschaften in die Lage versetzen, sich vor sicherheitsrelevanten Ereignissen mit negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit zu schützen bzw. deren Auswirkungen zu minimieren. Vorbereitung, Vorhaltung, klar geregelte Zuständigkeiten und trainierte Abläufe sowie eine evidenzbasierte Risikokommunikation sind Eckpfeiler einer effektiven Health Security.“

Neben den externen Herausforderungen wie Krieg, Klimawandel oder Terrorismus, einschließlich CBRN-Gefahren, hat das Gesundheitswesen auch selbst eine intrinsi-



Zwei Seiten einer Medaille: Militärische und Zivile Verteidigung. Davon zeigt sich BBK-Präsident Tiesler überzeugt.

Screenshot: BS/Biskup-Klawon

sche Motivation, sich intensiver mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Der demografische Wandel macht auch vor diesem Bereich nicht halt. Bereits 2023 kritisierte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen die mangelnde Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden, der Bundeswehr und dem Gesundheitswesen.

Eine Frage der Kapazitäten

Abgesehen von der fehlenden Kooperation stellt sich auch die Frage nach den Fähigkeiten und Kapazitäten. Während man einen Massenansturm von Verletzten (MANV) im Zuge eines Unfalls oder einer Katastrophe als Teil der alltäglichen Aufgaben im Krankenhaus gut abfedern könne, sei dies bei einer Bündnis- oder Landesverteidigung weitaus schwieriger, sagt Prof. Dr. Kerstin von der Decken (CDU), Ministerin für Justiz und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein. „Wir müssen unser Gesundheitssystem weiterentwickeln und auf kriegerische Auseinandersetzungen einstellen“, so die Ministerin.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Deshalb fordert von der Decken, dass der Bund die Länder bei der Vorbereitung unterstützt, da diese für die Planung der Kapazitäten verantwortlich sind.

Dem kann Kroemer zustimmen: „Wir sind für MANV-Lagen gut vorbereitet, aber nicht für den Verteidigungsfall. Das ist nicht einfach nur zehnmal ein MANV“, so der Mediziner. Während ein MANV nach kurzer Zeit bewältigt sei, ziehe sich die Behandlung im Konfliktfall über Monate, wenn nicht Jahre.

Worauf sich das Gesundheitswesen einstellen muss, hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) berechnet. Pro Tag könne man in Deutschland als Drehscheibe für NATO-



Es braucht mehr Kooperation, fordert Generalstabarzt Dr. Hoffmann.

Screenshot: BS/Biskup-Klawon

Bündnispartner mit bis zu 1.000 Patienten rechnen, sagt BBK-Präsident Ralph Tiesler.

Ähnliche Zahlen nennt auch Generalstabarzt Dr. Ralf Hoffmann, Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr. Er geht von 300 bis 1.000 krankenhauspflichtigen Patienten pro Tag aus, bei Gefechten mit einem gleichwertigen oder stärkeren Gegner. Das bedeutet, dass diese die Akutbehandlung vor Ort erhalten, aber anschließend zur Nachsorge von der Front in Krankenhäuser verlegt werden müssten. Diese Anzahl an Verwundeten können die fünf derzeitigen Bundeswehrkrankenhäuser nicht alleine bewältigen. Dafür werden die Kapazitäten der zivilen Krankenhäuser benötigt.

Dies seien jedoch nur die Zahlen für den Bündnisfall, also wenn die Kampfhandlungen nicht auf deutschem Staatsgebiet stattfinden. Für den Fall der Landesverteidigung sehe die Situation anders aus: „Es gibt dazu keine Pläne“, so Hoffmann.

Für die Landesverteidigung brauche es ein länderübergreifendes Forum und eine Diskussion mit Politik, Behörden sowie allen Verantwortlichen aus dem Gesundheitswesen – Ärzteverbände, Apothekerinnen und Apotheker, Arzneimittelproduzenten – über die zu treffenden Maßnahmen. Es müssen Fragen geklärt werden wie: Wo soll behandelt werden? Wo kommen die Arzneimittel her? (Viele Medikamente werden außerhalb Europas produziert.) Was machen die niedergelassenen Ärzte? Was soll bevorratet werden? „Alles Fragen, auf die es derzeit keine Antworten gibt“, so Hoffmann.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

14. September:

- Die Mafia stoppt nicht an den Grenzen
- Positive Bilanz für Verbotsgelände gegen Waffen

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

15. Oktober:

- Deutschland tritt Operation Olympic Defender bei

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

16. Oktober:

- Bundes-CIO Markus Richter: Föderalismus-Betriebssystem 2.0
- Low Code muss richtig eingesetzt werden

E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:

- Es brennt!

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

15. Oktober:

- Effektiv managen
- Hürde gerissen

Schaade berufen

(BS) Prof. Dr. Lars Schaade, Präsident des Robert Koch-Instituts (RKI), ist in den von der EU-Kommission neu gegründeten beratenden Ausschuss für Notlagen im Bereich der öffentlichen Gesundheit berufen worden („Advisory Committee on public health emergencies“).

Das Gremium berät Kommission und Gesundheitssicherheitsausschuss zur Frage, ob eine Bedrohung eine Notlage im Bereich der öffentlichen Gesundheit auf Unions-ebene darstellt und zu Maßnahmen, die zur Eindämmung und Bewältigung ergriffen wurden oder zu ergreifen sind, unter anderem in den Bereichen klinisches Management und Behandlung, nichtpharmazeutische Gegenmaßnahmen und Forschungsbedarf im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Das Gremium ist multidisziplinär besetzt und berücksichtigt Aspekte der öffentlichen Gesundheit, der Biomedizin,



RKI-Präsident Prof. Dr. Schaade berät in Zukunft die EU-Kommission.

Foto: BS/Thomas Ecke, BMG

des Verhaltens, der Gesellschaft, der Wirtschaft, der Kultur und der internationalen Beziehungen. Die Mitglieder werden vom Generaldirektor der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (GD SANTE) der Kommission für fünf Jahre ernannt.

Neuer DBRD-Vorsitz

(BS) Der Deutsche Berufsverband Rettungsdienst (DBRD) hat einen neuen Vorsitzenden. Für das Amt als 1. Vorsitzender des Berufsverbandes wurde auf der Mitgliederversammlung des DBRD Frank Falke bestimmt. Er tritt damit die Nachfolge von Marco König an, der im Juli aus persönlichen Gründen zurückgetreten war. Falke ist u. a. Leiter des Rettungsdienstes beim Landkreis Oldenburg sowie Notfallsanitäter.

Ebenso für eine vierjährige Amtszeit wurden Martin Großmann als 2. Vorsitzender und Michael Stanley als 3. Vorsitzender gewählt.

In den Beirat des Vorstandes wurden Viktoria Steiner, Maria Rauscher, Sina Schlett, Ralf Waidmann, Achim Thamm, Jan Rinkleff und Peter Lorenz. Als neue Kassenprüfer sind Sven Heiligers und Manuel Wego gewählt.

**Sicher kommunizieren,
wenn es darauf
ankommt:
Kommunikation
für Einsatzkräfte
weiterentwickeln**

**Entdecken Sie Lösungen für
Public Safety auf der PMRExpo**

**PMRExpo
2024**
Europäische Leitmesse
für Sichere Kommunikation
**26. – 28.11.2024
Köln**
Jetzt
Tickets
sichern!  www.pmrexpo.com

Das CHW Deutschland nimmt seine Arbeit auf

(BS) Große Unternehmen und Regierungseinrichtungen haben die finanziellen Mittel und die Expertise, um auf immer ausgereifere Cyber-Attacken angemessen zu reagieren. Wie sich kleine und mittlere Unternehmen sowie Privatpersonen gegen Cyber-Angriffe schützen, lässt sich leicht zusammenfassen: oftmals wenig bis gar nicht. Abhilfe soll ein neu gegründeter Verein schaffen.

34 Prozent aller Geschäftsrisiken weltweit fielen auf „Cyber Events“, leitet Albrecht Broemme, ehemaliger Präsident des Technischen Hilfswerks (THW), ein. Sprich: Cyber-Angriffe unterschiedlicher Art und Qualität. In Deutschland seien es sogar 40 Prozent. Ein Problem dabei sei, dass sich insbesondere Kleinunternehmen gar nicht um Cyber Security kümmern könnten und daher besonders anfällig seien. Broemme nennt das Beispiel einer kleinen Druckerei, die nach einem Hacker-Angriff alle Kundendaten verloren habe und infolgedessen insolvent gegangen sei. Um Worst-Case-Szenarien wie diesen zu verhindern, haben er und weitere in der Cyber-Hilfe tätige Fachleute einen neuen Verein ins Leben gerufen: das Cyber-Hilfswerk Deutschland (CHW-DE). Es gehört zum Netzwerk des Internationalen Cyber-Hilfswerks (ICHW).

Feuerwehr und Engel

Das CHW-DE verstehe sich als „digitale Feuerwehr“, die technische und organisatorische Hilfe bei Cyber-Notfällen leisten wolle. Die Analogie ist kein Zufall, denn Broemme, der als Vorstandsvorsitzender des Cyber-Hilfswerks Deutschland agiert, war vor seiner Zeit als THW-Präsident Leiter der Berliner Feuerwehr. Mit schneller und gut organisierter Hilfe kennt er sich also aus. Nun begeben sich er und seine Mitstreiter in die digitale Welt. Zu diesen gehören Johannes Göllner, Vorstandsvorsitzender des ICHW und des Zentrums für Risiko- und Krisenmanagement in Wien, Dominic Lachat, Präsident der Verwaltung der GDCIM-Genossenschaft für Digitalisierung, Challenge und Innovationsmanagement, Dr. Jochen Schiller, Professor am Institute of Computer Science an der Freien Universität



Das Konzept für ein Cyber-Hilfswerk gibt es schon seit längerem.

Foto: BS/AG KRITIS

Berlin, sowie der Berliner Sicherheitsberater Björn Hawlitscha. Neben dem Katastrophenschutzmodell des THW dienten für das CHW auch diverse „Engel“ als Inspiration: die „Guardian Angels“ (Schutzengel), die sich der Kriminalität in US-amerikanischen Großstädten entgegenstellen, ebenso wie „Business Angels“, die junge Unternehmen mit ihrem Know-how und Netzwerk unterstützen. Dementsprechend verfolge das CHW-DE das Konzept der „Cyber Angels“, erklärt Broemme. Formal sei das Cyber-Hilfswerk ein Verein, der sich durch Mitgliedsbeiträge finanziert. Inhaltlich unterteilen sich dessen Tätigkeiten in drei Kernbereiche. Erstens die Notfallhilfe vor Ort, zweitens die Cyber Incident Response (CIR), drittens das Projekt Cyber Kids.

Cyber-Fachkräfte von morgen

Im Rahmen der Cyber Kids-Initiative plant das CHW altersgerechte Einführungen in die Cyber-Welt für Drei- bis Zehnjährige. Kinder und Jugendliche, die zehn Jahre oder älter sind, sollen insbesondere den Umgang mit den Sozialen Medien erlernen und sich deren Gefahren bewusstwerden, um entscheiden zu können, was sie posten – und was besser nicht. Auch das kritische Hinterfragen von Inhalten, von versteckt kommerziellem bis zu politisch radikalem Content, gehöre dazu. Beispielsweise müssten junge Menschen lernen, in die Anbieterperspektive zu wechseln und sich fragen, warum es vermeintlich „kostenlose Angebote“ gebe, so Jochen Schiller. Diese seien meist nicht wirklich kostenlos, sondern Lockangebote mit mittelfristig natürlich monetären Inte-

ressen, erklärt der Professor der FU Berlin. Nicht zuletzt sei es der Wunsch des CHW, dem digitalen Fachkräftemangel in Deutschland frühzeitig entgegenzuwirken: indem den Kleinsten der Gesellschaft Lust auf digitale Tätigkeiten gemacht wird.

Leichte Verwechslungsgefahr besteht mit dem gleichnamigen Cyber-Hilfswerk, das von der AG KRITIS ins Leben gerufen wurde, einer unabhängigen Arbeitsgruppe zur Stärkung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung. Dieses CHW hat allerdings nicht den Zusatz „Deutschland“, wodurch sich die Organisationen unterscheiden lassen. Auf die AG KRITIS zugehen und sich mit ihr austauschen wolle man aber ohnehin, so Broemme. „Kompetitive Verfahren im Digitalen sind unmöglich“, ergänzt Johannes Göllner. Man setzt auf Kooperation. Zunächst wolle der CHW-Vorstand als „Enabler“ auftreten, so Hawlitschka, und in einem nächsten Schritt an Fachleute herantreten. Fachleute wie Prof. Dr. Dennis-Kenji Kipker, einer von Deutschlands führenden Köpfen in Sachen Cyber-Sicherheit.

Broemme betont zudem mehrfach den „Clubgedanken“ des Cyber-Hilfswerks. Als Beispiele nennt er den ADAC (Allgemeiner Deutscher Automobil-Club).

Die Hilfe im Kleinen, von Mensch zu Mensch, ist das, worauf sich das Cyber-Hilfswerk Deutschland fokussiert. Damit Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ein Stück weit sicherer gegen Cyber-Attacken werden. Denn, so endet Broemme, „Cyber-Sicherheit kann man gar nicht verbessern. Nur Cyber-Resilienz.“

Realitätsnahe Ausbildung dank Simulations-Rettungswagen

(BS/Birgit Kalle*) Der Kreis Soest hat seinen Fuhrpark um ein innovatives Ausbildungsfahrzeug erweitert: den Simulations-Rettungswagen (kurz: SIM-RTW). Hier können Nachwuchskräfte im Rettungsdienst künftig unter Echt-Bedingungen ausgebildet werden. Realitätsnahe Aus- und Fortbildung ist der eine Zweck. Einblicke in die lebensrettende Arbeit des Rettungsdienstes sind der andere. Von außen ist das Fahrzeug ein echter Blickfang.

Mit diesem speziell umgerüsteten Fahrzeug werden angehende Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter, Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter sowie Absolventinnen und Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahrs im Rettungsdienst künftig unter realitätsnahen Bedingungen ausgebildet. Der SIM-RTW erlaubt es, Einsatzszenarien so zu proben, als fänden sie im realen Rettungseinsatz statt – ein großer Schritt für die praxisnahe Ausbildung im Kreis Soest.

Von der Idee zur Umsetzung

Die Idee, einen gebrauchten Rettungswagen zu einem Ausbildungsfahrzeug umzubauen, bestand bereits seit einigen Jahren. 2023 ergab sich schließlich die Gelegenheit: Ein gebrauchter Rettungswagenkoffer, der sich durch seine Bauweise und seinen Zustand besonders für den Einsatz als SIM-RTW eignete, wurde angeboten. Zeitgleich stand im Kreis Soest ein freies RTW-Fahrgestell zur Verfügung, das mit dem Koffer kombiniert werden konnte.

Zum SIM-RTW umgerüstet wurde ein Fahrzeug aus dem Baujahr 2017. Ausgestattet ist er wie ein normaler Rettungswagen. Hochmoderne Simulationstechnik ergänzt das Innenleben: So können mit Hilfe von Simulationspuppen oder Darstellern alle alltäglichen und selten vorkommende Notfallbilder geübt werden.

Seitdem eröffnet der SIM-RTW völlig neue Möglichkeiten für die Ausbildung im Rettungsdienst. Während bislang ein Reserve-RTW für Übungen genutzt wurde, der stets erst mit Simulationsgeräten bestückt werden musste, steht der neue SIM-RTW jederzeit und unabhängig vom Standort be-



Der Simulations-Rettungswagen ist ausgestattet wie ein richtiger Rettungswagen und wird zu Aus- und Fortbildungszwecken im Rettungsdienst des Kreises Soest eingesetzt. Außerdem ist er ein echter Blickfang.

Foto: BS/Dirk Behrens, Kreis Soest

reit. Das Training kann nun ortsunabhängig, etwa in unwegsamem Gelände oder an Gewässern, durchgeführt werden. Besonders anspruchsvolle Szenarien, wie die Rettung aus schwierigen Umgebungen lassen sich so realistisch nachstellen.

„Durch die Ausstattung mit moderner Simulationstechnik können die Auszubildenden realitätsnah die verschiedensten Szenarien in einem geschützten Umfeld üben“, erklärt Ricarda Oberreuter, Dezernentin für Gesundheit, Verbraucherschutz und Gefahrenabwehr im Kreis Soest. Dies diene nicht nur der Überprüfung des eigenen Lern- und Wissenstands, sondern auch um herauszufinden, ob vorhandene Standards und Abläufe weiterhin sinnvoll und effizient seien. Es gelte außerdem: Was schon mal geübt wurde, gibt im Einsatzfall Sicherheit und Routine. „Gerade bei komplexeren Krankheits- oder Verletzungsbildern ist dies von großer Bedeutung“, weiß Oberreuter. „Alle Handgriffe müssen sitzen, um unter Zeitdruck die richtigen Entscheidungen für die oftmals schwerkranken oder verletzten Menschen treffen zu können.“

Üben für den Umgang im Ernstfall

Einen weiteren Vorteil nennt Sarah Kammann aus dem Team der Verwaltung des Rettungsdienstes: „Anders als in einem großen Schulungsraum ermöglicht der SIM-RTW Aus- und Fortbildung in Kleinstgruppen in einem geschützten Umfeld. Die ständige Beobachtung durch mehrere an-



So sieht es im Rettungswagen aus: Der neue Simulations-Rettungswagen wird nicht nur zur Aus- und Fortbildung eingesetzt, sondern macht auch anschaulich, was innen geschieht.

Foto: BS/Dirk Behrens, Kreis Soest

der Übung nicht direkt beteiligte Personen wird damit reduziert.“ Im Kleinstgruppen-Setting gebe es zudem ein präzises und individuelles Feedback für die Auszubildenden durch die Praxisanleiterinnen und -anleiter.

Das Äußere des SIM-RTW ist dabei ebenso eindrucksvoll wie sein Inneres. Die auffällige Folierung, entworfen vom Team des Rettungsdienstes, gewährt bereits von außen Einblicke in das Innenleben eines Rettungswagens. So können Interessierte auf einen Blick erkennen, wie der Wagen ausgestattet ist und welche Prozesse bei einer Rettungssituation ablaufen. „Wir wollen zeigen, was im Inneren geschieht und so auch die Arbeit im Rettungsdienst für die Öffentlichkeit erlebbar machen“, erklärt Kammann.

Der SIM-RTW wird nicht nur für die Ausbildung der Rettungskräfte genutzt, sondern auch bei Messen und Veranstaltungen präsentiert. „Leben Retten Lernen“ – dieser Leitspruch des Kreises Soest wird durch das neue Ausbildungsfahrzeug eindrucksvoll verkörpert.



**Birgit Kalle ist Pressesprecherin des Kreises Soest.*

Foto: BS/Privat

Neues Kriseninternet DSGVO gilt auch für Drohnenbilder

(BS) Das Innenministerium in Stuttgart hat das sogenannte „Kriseninternet“ vollständig überarbeitet und in Betrieb genommen. Über dieses „Internet“ sollen sich Bürgerinnen und Bürger in Krisensituationen schnell und unkompliziert über aktuelle Entwicklungen informieren und Verhaltenshinweise erhalten.

Da in Krisensituationen wie Hochwasserkatastrophen, Cyber-Angriffen oder technischen Störungen Ausfälle der Internetauftritte von Landesregierung und -verwaltung trotz Sicherheitsvorkehrungen nicht vollständig ausgeschlossen werden können, wird seit über zwanzig Jahren mit dem „Sonderinformationsdienst der Landesregierung“ eine von den regulären Internetauftritten des Landes unabhängige Plattform bereitgestellt. So sollen die Bürger in Baden-Württemberg weiterhin online Informationen erhalten können. Das neue System ist weitestgehend barrierefrei gestaltet. Um den Zugriff auch über sehr langsame Internetverbindungen zu erleichtern, verzichtet das System weitgehend auf Bilder und grafische Elemente.

„Die Wahrscheinlichkeit, dass wir das Kriseninternet tatsächlich aktivieren müssen, ist – glücklicherweise – eher gering“, sagte der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU). „Mit dem ‚Sonderinformationsdienst der Landesregierung‘, dem sogenannten ‚Kriseninternet‘, sorgen wir seit 20 Jahren dafür, dass auch in Krisensituationen alle die notwendigen Informationen erhalten. Anfang Oktober 2024 haben wir nun ein vollständig neu entwickeltes System in Betrieb genommen“, so Strobl weiter.



Soll auch in der Katastrophe Informationen liefern: das Kriseninternet der Landesregierung Baden-Württembergs.

Foto: BS/Innenministerium Baden-Württemberg

(BS) Behörden können Drohnen zu vielseitigen Zwecken einsetzen. Dabei muss der Einsatz stets im Einklang mit den Datenschutzvorgaben erfolgen, besonders bei der Aufnahme von Personen. Neue gesetzliche Regelungen hält die NRW-Landesregierung derzeit nicht für notwendig. Eingriffe in die Grundrechte seien jedoch möglich und müssten im Einzelfall abgewogen werden.

Die Einsatzmöglichkeiten von Drohnen durch Behörden seien vielfältig, erklärt die NRW-Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der FDP. Im Katastrophenschutz können Drohnen beispielsweise bei der Erkundung von Objekten oder der Schaffung von allgemeinen Lagebildern genutzt werden. Konkrete Aufnahmen von Personen seien bei der Suche nach vermissten Personen möglich. In der öffentlichen Bauverwaltung werden Drohnen unter anderem zur Aufsicht auf Flächen, zur Vermessung sowie zur Kontrolle von Objekten hinsichtlich des Denkmalschutzes eingesetzt.

Auch Straßenverkehrsbehörden können auf Drohnen zurückgreifen, etwa für die Verkehrszählung. Nach dem Kenntnisstand der Landesregierung sei das erst in zwei NRW-Kommunen der Fall – in Düsseldorf und Emsdetten. Den nordrhein-westfälischen Polizeibehörden stehen derzeit 207 Drohnen einsatzbereit zur Verfügung. Bei nächtlichem Einsatz müssten die Drohnen

mit einem grünen Blinklicht ausgestattet sein. Die gesammelten Daten können sowohl live übertragen als auch gespeichert werden.

Legitimierte Eingriffe

Die Aufnahme von Bildern mittels Drohnen könnte auf das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung eingreifen, wenn dabei personenbezogene Daten erfasst werden, betont die Landesregierung. In diesen Fällen müsse der Drohneneinsatz einem „legitimen Zweck“ dienen und zu diesem Zweck geeignet und erforderlich sein. Es müsse außerdem in jedem Einzelfall zwischen den Interessen der Behörden und den Rechten der betroffenen Bürger abgewogen werden.

Wie bei anderen Video- und Fotoaufnahmen regeln die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und das Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW) die Verarbeitung der durch einen Drohneneinsatz erlangten Daten.

Derzeit sieht die Landesregierung keinen Anlass für neue gesetzliche Regelungen. Aufnahmen, die personenbezogene Daten enthalten, dürften nur zu dem Zweck verwendet werden, zu dem sie erhoben wurden. Auch im Hinblick auf ihre Speicherung und Löschung unterliegen die Aufnahmen der DSGVO.



Beim Einsatz von Drohnen gilt es auch, einsatztaktischen Erwägungen rechtliche Fragestellungen zu beachten. (Symbolbild)

Foto: BS/Biskup-Klawon

Resilienz durch digitale Lösungen

(BS) Neben der physischen Vorbereitung auf Katastrophen und Notfälle braucht es auch digitale Lösungen, um im 21. Jahrhundert resilient zu sein. Das haben Forscherinnen und Forscher des LOEWE-Zentrums emergenCITY in Darmstadt gezeigt. Digitale Anwendungen und Technologien im Bereich der Kommunikation, Information und Warnung der Bevölkerung nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Davon zeigte sich die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bei einem Besuch des LOEWE-Zentrums emergenCITY an der TU Darmstadt überzeugt.

„Gute Warnsysteme retten im Notfall Menschenleben. Das gilt ganz gleich, ob es um Brände, schwere Unwetter, Waldbrände oder andere Gefahren geht. In einen guten und zuverlässigen Mix an Warnmitteln haben wir in den letzten Jahren stark investiert und verbessern diese laufend weiter. Digitale Resilienz ist ein wichtiger Baustein in der Stärkung der gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Resilienz gegenüber Katastrophen“, so die Bundesinnenministerin.

Laternen als Kommunikations- und Informationskanal

Wie solche Anwendungen aussehen können, zeigten die Forscherinnen und Forscher von emergenCITY mit dem Projekt „Digitaler Heinerblock“. Dabei handelt es sich um ein Projekt zur Notfallkommunikation in Stadtquartieren. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entwickelten



Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) (vierte von rechts) informierte sich am LOEWE-Zentrum emergenCITY über neue Warnkanäle.

Foto: BS/Gerd Keim, emergenCITY

Sensorboxen für Straßenlaternen, die im Katastrophenfall Nachrichten von Behörden an Smartphones senden können. „Kommunikation im Katastrophenfall ist essentiell, teils sogar überlebenswichtig. Unser Ziel ist es, resiliente Informations- und Kommunikationssysteme zu entwickeln, die es Menschen in Städten ermöglicht, während und nach einer Katastrophe handlungsfähig zu bleiben, um schnell in die Normalität zurückzukehren“, erklärte dazu Matthias Hollick, wissenschaftlicher Koordinator von emergenCITY.

Krisen-Resilienz-Zentrum als Leuchtturmprojekt der TU Darmstadt

Seit 2020 wird das Zentrum vom hessischen Wissenschaftsministerium mit rund 22

Millionen Euro gefördert. „Wir sind mit der Forschung von emergenCITY ein Vorreiter in der Republik. Um die Widerstandsfähigkeit digitaler Infrastrukturen weiter zu stärken und die hessische Wirtschaft vor künftigen Krisen und Katastrophen zu schützen, werden wir ein anwendungsnahe ‚Krisen-Resilienz-Zentrum‘ aufbauen“, betonte Prof. Dr. Kristina Sinemus (CDU), Hessens Digitalministerin.

Matthias Oechsner, Vizepräsident der TU Darmstadt, fügte hinzu, dass die umfassende Bearbeitung des gesellschaftlich hochrelevanten Themas der digitalen Resilienz, die von der Grundlagenforschung bis hin zum Transfer in emergenCITY reicht, das Zentrum zu einem Leuchtturmprojekt der Technischen Universität mache.

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

BSC Berlin Security Conference

23rd Congress on European Security and Defence

19.–20. November 2024

Vienna House Andel's • Berlin

NATO, EU
AND THEIR ALLIES:

Detering Threats to Freedom and Democracy



PARTNERNATION
ESTLAND

www.euro-defence.eu

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Christian Brecht, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Mirjam Klinger, Scarlett Lüsser, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.